



Marianne Birthler

Bundesbeauftragte

HAUSANSCHRIFT Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

POSTANSCHRIFT 10106 Berlin

INTERNET www.bstu.de

TEL 030 2324-7101

FAX 030 2324-7109

E-MAIL birthler@bstu.bund.de

MEIN ZEICHEN

22. März 2010

SPERRFRIST 22. MÄRZ 2010, 10.00 Uhr

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Abgeordnete und Gäste,
liebe Ulrike Poppe,

haben Sie Dank für die Einladung, heute hier in Potsdam zu Ihnen zu sprechen. Für mich ist diese Veranstaltung – 18 Jahre nach meinem Rückzug aus der Brandenburger Landespolitik – alles andere als ein Routinetermin. Aber der Anlass hat es mir leicht gemacht, die Einladung anzunehmen.

Dass Ulrike Poppe nun endgültig das Amt der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur übernimmt, macht diesen 22. März zu einem guten Tag für das Land Brandenburg. Und zu einem Tag der Genugtuung für all jene, denen die Auseinandersetzung mit den Schatten der Diktatur am Herzen liegt.

„Die Zukunft wird entschieden im Streit um die Vergangenheit“ heißt es in einem Lied von Wolf Biermann – und das ist der entscheidende Punkt: Aufarbeitung befasst sich zwar mit der Vergangenheit – sie zielt aber auf Gegenwart und Zukunft.

- Wenn wir also über die Vergangenheit streiten,
- wenn wir mit den Opfern um verlorenes Leben trauern,
- wenn wir die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Schäden, die 40 Jahre DDR hinterlassen haben, bilanzieren,
- wenn wir die politischen Machtmechanismen der DDR untersuchen,
- wenn wir darüber streiten, ob einstige Parteifunktionäre und Stasikollaborateure

heute politische Ämter innehaben dürfen,

- wenn wir nach Gerechtigkeit suchen,
- wenn wir Menschen ehren, die widersprochen und widerstanden haben und dabei Beruf, Freiheit oder sogar ihr Leben riskierten,
- wenn wir uns freuen, weil viele Menschen anständig geblieben sind, auch wenn es schwierig war,
- wenn wir darauf hoffen, dass die Täter von einst einsichtig werden,
- wenn wir die Beschädigten stärken,
- wenn wir Jugendliche ermutigen, sich diese Geschichte anzueignen,
- wenn wir nach Wegen suchen, wie wir es in einer immer noch zerrissenen Gesellschaft miteinander aushalten können –

wenn wir uns also all den verzweifelten, traurigen und beschämenden Erinnerungen ebenso stellen wie dem, was uns nachträglich mit Genugtuung oder Stolz erfüllt - dann geht es nicht nur um die Vergangenheit. Dann geht es darum, woher wir kommen und wer wir sind. Dann geht es um's Ganze.

Vor vierzehn Monaten hat Matthias Platzeck hier in Potsdam die Absicht bekundet, eine Anlaufstelle für die Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg zu schaffen. Diese seinerzeit spontan geäußerte Absicht ist heute Wirklichkeit geworden und mehr als das: Mit der Zustimmung aller Abgeordneten des Brandenburgischen Landtags soll nun ein neues Kapitel in der Geschichte Brandenburgs aufgeschlagen werden. Ich lese das Brandenburger Gesetz zur Einsetzung der Landesbeauftragten als klares Ja zu einer Zukunft, die die kritische Sicht auf die Vergangenheit einschließt und sie nutzbar macht für freiheitliches Selbst-Bewusstsein und für eine lebendige Demokratie.

Brandenburg hat sich sehr spät, aber nicht zu spät zu einer solch klaren Haltung entschlossen. Es gibt ein afrikanisches Sprichwort, das sich anhört, als sei es für Brandenburg erdacht worden: "Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren, die zweitbeste Zeit ist heute."

20 Jahre nach der demokratischen Revolution in der DDR sind viele äußere Zeichen des realsozialistischen Verfalls von der Bildfläche verschwunden. Andere, weniger sichtbare Schäden der Diktatur lassen sich aber nicht durch Bau- oder Strukturmaßnahmen beseitigen. Sie werden noch lange spürbar sein. Für die allmähliche Heilung dieser Schäden braucht es nicht nur Geduld, sondern Anstrengung und Aufklärung.

Ulrike Poppe hat sich bereit gefunden, in einer schwierigen Situation ein schwieriges Amt zu übernehmen. Dem Brandenburger Landtag kann ich zu dieser Personalentscheidung nur gratulieren. Ulrike Poppe fehlt es weder an Integrität noch an der für dieses Amt nötigen Beharrlichkeit. Ob sie wirklich die Sanftmut in Person ist, wie es kurz nach ihrer Wahl in einer Zeitung zu lesen war, steht dahin. Wer Ulrike Poppe länger kennt, weiß auch ihre Bereitschaft zur Auseinandersetzung zu schätzen, wenn diese unvermeidbar ist. Und diese Bereitschaft ist auch nötig – der Streit um die Vergangenheit tut eben manchmal auch weh, und erst recht kann man es nicht allen recht machen.

Bei uns in der Stasiunterlagenbehörde gehen seit einigen Wochen mehr Anträge aus Städten und Gemeinden Brandenburgs ein - dies signalisiert ein lange angestautes Bedürfnis, die DDR - Vergangenheit zum Thema zu machen. Die Antragseingänge haben sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten als ein sensibler Gradmesser für das Aufarbeitungsinteresse erwiesen. Ob es sich um Anträge auf persönliche Akteneinsicht handelt, um Schülerprojekte, Forschungsvorhaben oder Ersuchen im Zusammenhang von Überprüfungen – jeder einzelne Antrag ist ein Nein zum Beschweigen der Vergangenheit und ein Impuls für Gespräche und Diskussionen. Deshalb sehe ich darin eine gute Entwicklung, über die wir uns freuen können.

Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe kommt meines Erachtens der vom Landtag geplanten Enquetekommission zu. Hier betritt Brandenburg Neuland und könnte - wenn es gut geht – neue Maßstäbe setzen. Eine gründliche wissenschaftliche und politische Untersuchung der gesellschaftlichen Transformationsprozesse nach 1989 gibt es bisher noch nicht - weder für die neuen Bundesländer insgesamt noch für ein einzelnes davon. Es wäre nicht das erste Mal, dass aus einer kritischen Situation heraus neue, innovative Wege beschritten werden.

Ich habe also allen Anlass, dem Land Brandenburg nicht nur zur Berufung von Ulrike Poppe zu gratulieren, sondern ich gratuliere auch zu der Entscheidung, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aktiv zu fördern.

Meine Damen und Herren,

die Erwartungen, die viele Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs an die Landesbeauftragte haben sind groß – hier und da vielleicht auch unrealistisch groß. Da kann einem schon ein bisschen bange werden. Andererseits zeigen diese Erwartungen aber auch, dass der Brandenburger Landtag eine sinnvolle und wichtige Entscheidung getroffen hat. Dir, liebe Ulrike, und den künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbeauftragten, wünsche ich eine glückliche Hand, viel Kraft und dass die gegenwärtige Unterstützung durch den Landtag und die Brandenburger Regierung von Dauer sein möge. Und schließlich wünsche ich Dir und Deinem Amt etwas, ohne das alle Mühe vergebens wäre: ein verlässliches Umfeld von Menschen, Gruppen und Institutionen, das verbunden ist durch das Bemühen, aus der Vergangenheit zu lernen.

Zu diesem Umfeld gehört auch die Brandenburger Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde in Frankfurt an der Oder. Mein Kollege Rüdiger Sielaff, der die Außenstelle leitet und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit – und das gilt natürlich auch für meine Berliner Kolleginnen und Kollegen und mich persönlich.

Ich freue mich mit Ihnen allen über den guten Anfang einer guten Sache!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.